



*Gemeinde Roetgen
mit den Ortsteilen
ROETGEN-ROTT
u. MULARTSHÜTTE*

DIE GRÜNEN *informieren*

Nr. 27

Juli 92

Aus dem Inhalt:

Wann gibt es wieder Mietwohnungen ?

Ein Beitrag zur Situation in Roetgen

Senioren-Residenz

Ist hier nicht etwas faul?

Bürgeranträge

Wie kann ich als Bürger mitreden?

Tempo 100 - 80 - 30 - 0

Vom Tempolimit und warum das Auto auch mal stehen bleiben sollte

Interview

Vom Verhältnis zur Christlich Demokratischen Union

Mietwohnraum schaffen! Aber wie?

Die Situation auf dem Wohnungsmarkt ist mit einem kurzen Satz ausreichend zu beschreiben: Wohnraum ist knapp und oft zu teuer! Hierüber besteht bei allen Parteien Einigkeit.

Doch welche Maßnahmen sind notwendig, um auch in Roetgen mehr Wohnungen für Familien mit mittlerem und unterem Einkommen zur Verfügung stellen zu können? Wir Grünen meinen, daß der bisher in Roetgen beschrittene Weg nicht geeignet ist, dieses Problem zu lösen. In den Neubaugebieten wurden überwiegend Einfamilienhäuser errichtet, die in der Regel nicht vermietet werden, oder aber die Mieten sind so hoch, daß sie nur von Familien mit entsprechendem Einkommen bezahlt werden können. Wenn nun außerhalb der Neubaugebiete ein größeres Mietwohnhaus errichtet werden soll, bestehen Bedenken, weil in der Nachbarschaft nur kleinere Ein- und Zweifamilienwohnhäuser stehen.

Um Bewegung in die Roetgener "Wohnungsbaupolitik" zu bringen, stellten die Grünen hierzu bisher folgende Anträge:

Flächensparendes Bauen

- 1986 beantragten wir, den im Zentrum zwischen Rosental- und Jenepeterstraße gelegenen Bebauungsplan Nr. 3 unter anderem so zu ändern, da dort ein ökologisch noch vertretbares flächensparendes und somit preisgünstiges Bauen realisiert werden kann. Die Siedlungsform sollte sich an die in der Eifel typischen Hofanlagen orientieren.

Landschaftsgerechtes Bauen

- 1987 stellten wir einen Antrag zur landschaftsgerechten "Hausgruppenbebauung" und

Sozialer Wohnungsbau

- 1989 zur "Förderung des sozialen Wohnungsbaus".

Ende des vergangenen Jahres stellten wir schließlich einen Antrag zur "Förderung des Mietwohnungsbaus", der sich ebenfalls, wie bereits unser Antrag von 1986, auf den Bereich des Bebauungsplanes Nr. 3 bezog. Hiermit wollten wir der akuten Wohnungsnot auch in Roetgen Rechnung tragen.

Bau von Mietwohnungen

Wenn Herr Garke nun in der letzten Ausgabe des CDU-Blättchens "Roetgener Echo" behauptet, mit dem diesem Antrag wollten wir "die Bauherrn dazu zwingen, die Landschaft mit ganz massiven Baukörpern völlig zuzubauen", dann hat er unseren Antrag wohl nicht richtig verstanden, denn gerade dies lehnen wir ab. In unserem letzten Antrag war hierzu zu lesen: "Um einen kasernenhaften, vorstadtähnlichen Mietwohnungsbau jedoch auszuschließen, sollten durch entsprechende Festsetzungen der überbaubaren Fläche Gebäudegliederungen und Hofbebauungen angestrebt werden, wie sie bereits mehrmals, unter anderem auch von der Technischen Hochschule Aachen, angeregt wurden." Leider stimmte die Mehrheit des Bauausschusses gegen unseren Antrag, da er u. a. wegen der notwendigen Bebauungsplanänderung die vorgesehene Bebauung dieses Bereiches verzögern würde.

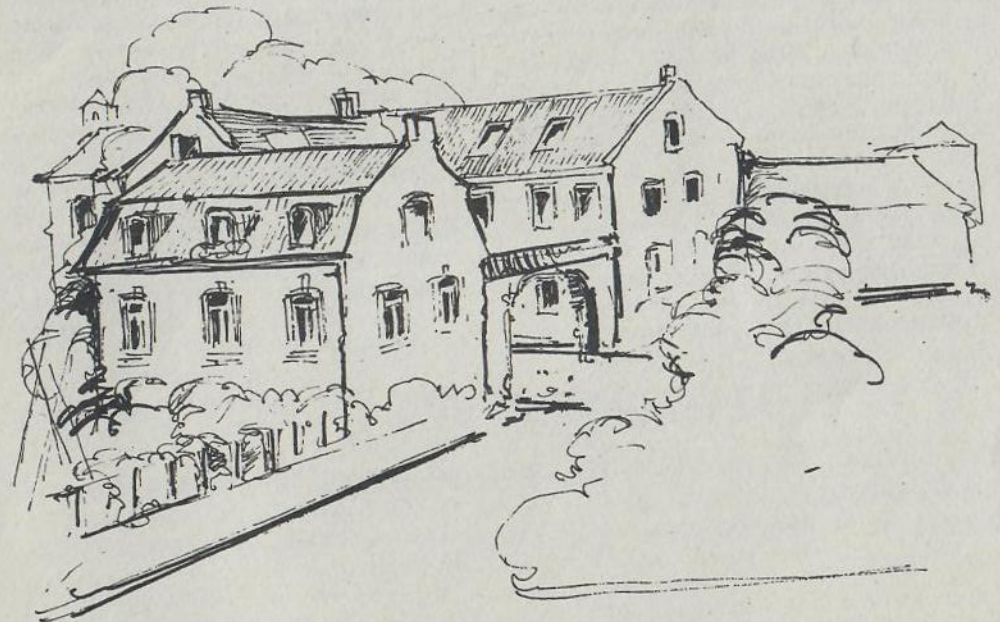
Bei entsprechender Bereitschaft der Verwaltung und der Politiker könnte der Bebauungsplan innerhalb einer angemessenen Zeit geändert werden.

Verzögerungen

Verzögert jedoch wurde sicherlich die Behandlung unseres bereits im Dezember des vergangenen Jahres eingereichten Antrages: Ehe er im Bauausschuß am 24.3.1992 beraten wurde, vergingen bereits mehr als drei Monate seit Antragstellung. So ließ man die

zunächst für den 14.1.1992 geplante Bauausschußsitzung mangels Tagesordnungspunkten einfach ausfallen, und auf der für den 25.2.1992 einberufenen Sondersitzung des Bauausschusses wurde unser Antrag ebenfalls nicht berücksichtigt, da er angeblich den Rahmen einer solchen Sitzung sprengen würde. Wieder einmal wurde in Roetgen eine Chance verspielt, die Weichen für den dringend benötigten Mietwohnungsbau im Ortszentrum zu stellen.

Katharina Ständer



GRÜNE für eine Alteneinrichtung - aber in welcher Form?

Kritische Anmerkungen zur geplanten "Seniorenresidenz" in Roetgen macht Ursula Schwarzenberger. Sachkundige Bürgerin im Bildung-, Jugend-, Sozial- und Sportausschuß:

Roetgens Ratsherren haben 1991 mit einer knappen Mehrheit für eine rein private Einrichtung der Altenhilfe gestimmt.

Die Gründe

Die Gemeinde wollte dem Wohlfahrtsverband AWO, der für die Errichtung und die Trägerschaft einer Alteneinrichtung in Roetgen bereit war, kein Gemeindegrundstück ohne Kosten (aber gegen den Tausch eines Wiesengrundstückes) zur Verfügung stellen. Roetgen - zur damaligen Zeit noch im Ausgleichsstock - kann das nicht leisten.

War es wirklich für unsere älteren Mitbürger, die zeitlebens in der Gemeinde Steuern gezahlt haben, und darüber hinaus viele von ihnen zum kulturellen und kirchlichen Leben oft Wesentliches beigetragen haben, nicht möglich? Wäre für sie eine finanzielle Mühe

unserer Gemeinde nicht einfach ein Gebot der Stunde gewesen?

In Roetgen wird jetzt jedoch noch ein anderes Argument genannt, um die Entscheidung plausibel zu machen. Für einen Träger der freien Wohlfahrtspflege geben Kreis und Land zwar zum Bau wesentliche Zuschüsse - wenn man sich auf die Planungsvorstellungen des Landschaftsverbandes bezieht - , aber dort sind bekanntlich die Töpfe leer, und so sah man sich gezwungen, für einen privaten Träger zu entscheiden. Mit diesem Sachzwang(!?) hat auch die SPD kapituliert, die vorher selbst die AWO ins Spiel brachte.

Wir Grünen halten diesen Schluß politisch für falsch: Es ist immer eine politische und nicht rein automatische Entscheidung für welche Projekte - trotz angespannter Haushaltslage - vom Kreis oder Land Gelder eingesetzt werden. Es wurde ja überhaupt nicht darum gekämpft. Für eine Sache, die einem wichtig ist, sollten Parteien sich zunächst einmal einsetzen und nicht vorher die Flinte ins Korn werfen.

Bedenken gegen privaten Träger

Bei genauer Betrachtung wird doch klar, daß ohne öffentliche Zuschüsse die Kosten für den Bau sehr hoch sein werden und sich dann zumindest im Bereich Wohnen auswirken werden. Senioren, die in die Altenwohnanlage einziehen wollen, müssen mit hohen Kosten rechnen. Ein weiterer Teil der Gesamtkosten wird aber auch für die Pflegefälle in den Pflegesatz einfließen müssen. Jetzt versteht man vielleicht besser, daß Herr Eis (SPD) nach der entscheidenden Ratssitzung im Zeitungskommentar nur noch hoffen konnte, daß wir hier nicht Preise wie nach "Kölner Niveau" erreichen werden.

Also es stehe Kosten an, die die meisten Roetgener Bürger nur mit Hilfe ihrer Kinder bzw. mit Zuschüssen der öffentlichen Hand werden leisten können. Diese voraussichtlich höheren laufenden Kosten werden auf längere Sicht eine hohe Belastung für Kreis und Landschaftsverband mit sich bringen.



Was meinen die entscheidenden Instanzen?

Es gehört zu einer peinlichen "Vernebelungsaktion", daß in der Sondersitzung im Rathaus immer wieder von der vertrauensvollen Zusammenarbeit von Kreis, Landschaftsverband sowie der Bau- und der Trägergesellschaft (Betreiberfirma) geredet wurde. Zu denken gibt auch, daß diese Firmen zwar Einrichtungen für Suchtkranke, aber noch keine Altenheime betreut haben.

So stellt sich die Situation für uns dar

1.) Der Landschaftsverband hat mit der Planung und dem Bau einer *privaten Einrichtung* nichts zu tun und hatte somit auch nichts zu genehmigen. Von den Folgekosten her kann sich der Landschaftsverband und auch der Kreis dies zu groß geratene Sache nicht gewünscht haben. Die Frage bleibt, welche Rolle der in der öffentlichen Ratssitzung mehrmals genannte Vertreter der Planungsabteilung des Landschaftsverbandes spielte. Was hat er eigentlich unserer Verwaltung geraten? Warum wurde nie ein Gespräch mit ihm, zusammen mit den Ratstreibern, geführt?

2.) Die 80 Wohneinheiten, die hier entstehen sollen, entsprechen nicht den Wünschen und Bedürfnissen der Roetgener Senioren. Sie wollen fast alle, so lange es möglich ist, in ihren Wohnungen, in ihrer vertrauten Umgebung bleiben. Aber sie und ihre Angehörigen wurden ja zu unserem großen Bedauern nicht gefragt. Es werden nun vor allem alte Menschen der Städte Köln, Düsseldorf u.a. hierher übersiedeln. Wir fragen uns, ist es für diese Alten Menschen wirklich eine gute Lösung? Am Wochenende werden sie von den nächsten Angehörigen besucht werden, aber der Freundeskreis, die früheren Kollegen usw. sind hier von ihnen abgeschnitten.

3.) Ist die Trägerschaft durch einen Wohlfahrtsverband heute wirklich so überflüssig und wird nur noch aus Tradition vom Staat gefördert? Und sind die Pflegekosten auch wirklich alle gleich, d.h. die Privaten arbeiten sogar billiger? Solche Behauptungen wurden von den Vertretern des zukünftigen Trägers in der Ratssitzung vorgetragen.

Richtig ist folgendes:

Ein privater Träger kann sich zwar freiwillig jährlich den finanziellen Vorgaben der Pflegesatzkommission des Landschaftsverbandes anschließen, aber wie er da "über

die Runden kommt", weil er ja z.B. als Investmentfirma verdienen muß, ist bis jetzt noch sein Geheimnis. Oder sollte man der Vermutung nachgehen, daß man heute am Schicksal alter Menschen verdienen möchte, aber dies nur gelingt, wenn man "an ihnen spart"? Wenn nun der private Träger in finanzielle Bedrängnis kommt, ist niemand

Können wir noch etwas tun?

Wir meinen ja !

1. wird es die Aufgabe der Ratsherren sein, wenn es nun wirklich zu dieser Einrichtung kommt, dem Bauherrn und dem Träger wirklich kritisch gegenüberzutreten und die bestmöglichen Bedingungen für Roetgener Bürger zu fordern. Notfalls auch noch jetzt das Projekt viel kleiner, ausreichend und angepaßt an unsere Verhältnisse mit einem Träger der freien Wohlfahrtspflege und somit nicht so kostenaufwendig neu anzugehen.

2. Jetzt müßte wirklich die schon im Mai 91 von uns geforderte Befragung der älteren Roetgener Bürger und ihrer Angehörigen durchgeführt werden. Herr Linzenich versprach nach der öffentlichen Ratssitzung Frau A. Scholz, eine Bürgerversammlung durchzuführen.

3. Was aus unseren eigenen Beobachtungen und Gesprächen von Betroffenen, vorallem mit Menschen, die Senioren jahraus jahrein betreuen, versorgen und pflegen, am vordringlichsten erscheint, ist nicht eine Senioren"residenz" hier am Ort, sondern zwei viel bescheidenere Dinge:

- Der Aufbau eines offenen Sozialen Dienstes, der über das rein krankenflegerische hinaus pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen Hilfe für mehrere

da, außer den Senioren selbst, der einen solchen Engpaß ausgleichen könnte. Also: *Senioren Residenz* soll der Name sein. Man müßte noch von den politisch Verantwortlichen her viel kritischer hinterfragen, ob dieser Name einer wirklich menschlichen Einrichtung entsprechen wird.

Stunden am Tag und für die verschiedensten Bedürfnisse geben kann. Dies ermöglicht dann in vielen Fällen daß auch pflegebedürftige Menschen in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können.

-Einrichtung einer Tagesbetreuung alter Menschen an den Werktagen. Dies hatten wir Grünen schon in unserem 1. Antrag gefordert und wir wissen, daß dies gerade hier in einigen Fällen dringst gewünscht wird. Das will aber der zukünftige Träger nicht einrichten - das soll ein Wohlfahrtsverband tun - zynisch der ganze Zusammenhang: nicht das ist gut und wird auch verwirklicht, was die Menschen brauchen und wünschen, sondern das, was sich "rechnet".

Wird es Roetgener Bürgern zusammen mit den Vertretern der Parteien, die sich ebenfalls zu dieser Einsicht führen lassen, gelingen, die genannten notwendigen Einrichtungen doch und trotz allem auf den Weg zu bringen?

Haben Sie Fragen an die Grünen, so wenden Sie sich an Gerd Pagnia bzw. Ursula Schwarzenberger.

Wenn Bürger Anregungen haben

- Der Bürgerantrag -

Die Gemeindeordnung von Nordrhein-Westfalen sieht vor, daß jeder Bürger Anträge an den Gemeinderat stellen darf. Die Hauptsatzung der Gemeinde Roetgen macht hierzu nähere Ausführungen:

In der Hauptsatzung steht es:

(1) Jeder hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Anregungen oder Beschwerden an den Rat zu wenden (Bürgerantrag). Der Bürgerantrag muß eine Angelegenheit betreffen, die in den Aufgabenbereich der Gemeinde Roetgen fällt.

(2) Bürgeranträge, die nicht in den Aufgabenbereich der Gemeinde Roetgen fallen, sind vom Gemeindedirektor an die zuständige Stelle weiterzuleiten. Der Antragsteller ist hierrüber zu unterrichten.

(3) Für die Erledigung von Bürgeranträgen im Sinne Abs. 1 ist der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuß zuständig. Er entscheidet über Anträge, soweit sie nicht Angelegenheiten des Rates betreffen oder überweist sie nach der Zuständigkeitsordnung an einen anderen Ausschuß oder an den Gemeindedirektor.

(4) Von einer Behandlung des Bürgerantrages soll abgesehen werden, wenn er gegenüber einem bereits geprüften Bürgerantrag kein neues Sachvorbringen enthält.

(5) Der Antragsteller ist über die Stellungnahme zu seinen Anregungen und Beschwerden durch den Gemeindedirektor zu unterrichten. Eine Kopie der Stellungnahme erhalten der Bürgermeister und die Fraktionsvorsitzenden.

Wenn zuviel Zeit vergeht

Nach unserer Erfahrung kann es allerdings manchmal 1 Jahr (!) dauern, bis ein Bürgerantrag auf die Tagesordnung kommt. Sollten Sie bei Bürgeranträgen Schwierigkeiten haben, wenden Sie sich an uns, wir helfen Ihnen gerne.

Gerd Pagnia
(Mitglied des Gemeinderates)



Stichwort: T E M P O L I M I T

Daß Deutschland als einziges Industrieland noch keine Beschränkung der Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen eingeführt hat, - allmählich wird es selbst der derzeitigen Bundesregierung peinlich - schließlich will man demnächst in Rio als Musterkabe dastehen - und so kommt dieses Thema erneut ins Gespräch.

Der Abgas - Großversuch

Ein Grund, sich an den "Abgas - Großversuch" zu erinnern, der 1985 im Auftrage der Bundesregierung durchgeführt wurde. Mit ihm sollte damals festgestellt werden, ob durch ein Tempolimit das Waldsterben verringert werden könnte.

Vorgeschlagen und gefordert war eine Höchstgeschwindigkeit von 100 km/h auf Autobahnen und von 80 km/h auf Außerortsstraßen, meist kurz "Landstraßen" genannt.

Ergebnis damals: Es wurde kein Tempolimit auf Autobahnen eingeführt, auf Landstraßen das bestehende von 100 km/h belassen. Maßgebende Politiker erklärten, die Maßnahme würde nur 2-3% Einsparung an Abgasen erbringen und das sei diese "Einschränkung der Freiheit" nicht wert.

Wie kam es dazu ?

Unbestritten ist, daß Kraftstoffverbrauch und Abgasemissionen weitgehend von der Geschwindigkeit abhängen. So bestätigt auch der Versuchsbericht eine überproportionale Zunahme der Abgase mit der Geschwindigkeit. Dem wurde von Mitgliedern der Bundesregierung mit dem Argument begegnet, ein Tempolimit würde ja nur von wenigen

befolgt werden, also wären die Auswirkungen gering. (In einem Rechtsstaat eine seltsame Begründung!) Und solches sollte der Großversuch beweisen. Zudem wurde das Ergebnis nicht auf die Ausgangsgrößen bezogen, sondern auf die Gesamtheit aller Emissionen. Ein Rechenrick, der mit naturwissenschaftlichem, aber auch nur einfach klarem Denken unvereinbar ist.

Im einzelnen

Es wurde untersucht, wie weit ein Tempolimit befolgt und wie wirksam demnach die Abgas-Verringerung sein würde. Der Versuch war auf Autobahnen beschränkt, Landstraßen wurden nicht einbezogen.

Die Durchschnittsgeschwindigkeit

Ermittelt wurde für den derzeitigen Zustand (genannt R 130) eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 114,6 km/h. Dieser überraschend niedrige Wert ist z.T. auf Baustellen zurückzuführen, aber auch darauf, daß nicht über ein ganzes Jahr gemessen wurde, sondern daß die besonders schneereichen Monate Anfang 1985 überproportional eingingen. Bei einem Tempolimit 100 km/h wäre nun eine Durchschnittsgeschwindigkeit von deutlich unter dieser Grenze zu erwarten gewesen. Ermittelt aber wurde - vorwiegend in den Sommermonaten gemessen - ein Durchschnittstempo von 105 km/h bzw. - bei "deutlich herausgestellter polizeilicher Präsenz" von 103 km/h. Grund: Die " fehlende Akzeptanz ".

Zur Akzeptanz:

- Die freiwillige Akzeptanz wird gefördert durch Einsicht in den Sinn der Sache. Die hierfür notwendige Aufklärungsarbeit aber unterblieb, ja es wurde von vornherein ein negatives Ergebnis vorausgesagt und so zur Nichtbeachtung geradezu aufgefordert.

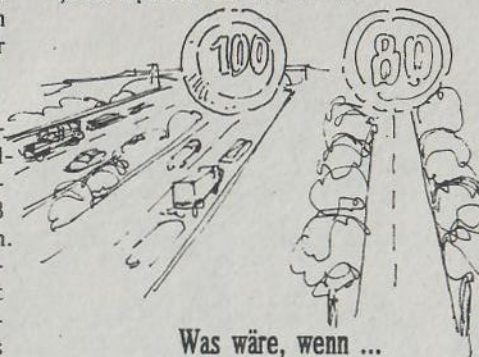
- Wo die Beachtung unterbleibt, wären Kontrollmaßnahmen und gegebenenfalls empfindliche Strafen erforderlich. Auch sie unterblieben. Es wurde öffentlich verkündet, daß Überschreitungen ungestraft bleiben würden. Zwar wurde die Wirkung "deutlich herausgestellter polizeilicher Präsenz" untersucht - sichtbare Streifenwagen und Hinweisschilder - aber, daß diese Präsenz folgenlos blieb war, bekannt.

- Wer das Tempolimit nicht mochte, konnte es gefahrlos überschreiten und so das Ergebnis in seinem Sinne beeinflussen. Damit konnten gewünschte Endergebnisse als Eingangswerte wirken; ein grober versuchstechnischer Fehler. (Ein Student würde damit durchfallen.)

Die Einsparungen

Trotz dieser und einiger anderer Fehler ermittelte der Versuch Einsparungen von 13% für Stickoxide und von 15% für Kohlenmonoxid. (Aus Kohlenmonoxid CO wird an der Luft in kurzer Zeit Kohlendioxid CO₂). Diese Werte beziehen sich auf die gefahrene Strecke, nicht auf die Zeit. Also das Argument, man sei ja schneller fahrend kürzer unterwegs, greift nicht. Doch offensichtlich waren auch die so ermittelten Werte noch manchen Politikern zu hoch, und deshalb der Trick: Die Einsparungen wurden nicht auf die Ausgangswerte, also die Emissionen auf Autobahnen, bezogen, sondern auf die Summe der Emissionen aus allen Bereichen. Zur Erläuterung: Einsparungen, z.B. des Heizölverbrauch eines Hauses, kann man nur auf die früheren Verbrauchswerte dieses einen Hauses beziehen. Würde man sie vergleichen mit dem Ver-

brauch aller Häuser einer Straße, einer Stadt oder eines Landes, so ließe sich mit dieser Methode jeder beliebig kleine Einsparwert hinrechnen, um so die Sinnlosigkeit jedes Sparens zu "beweisen".



Nimmt man eine realistische Durchführung des Abgas-Versuchs an, mit Aufklärung und Kontrollen, so wäre eine Durchschnittsgeschwindigkeit von deutlich unter 100 km/h zu erwarten. Setzt man sie mit 95 km/h an, die derzeit gefahrene Durchschnittsgeschwindigkeit hingegen mit 120 km/h - das kommt der Wirklichkeit sicher näher als die damals gemessenen 114 km/h - so ergeben sich durch Hochrechnen der Meßwerte des Abgas-Großversuchs Einsparungen von mehr als 30%.

Nicht berücksichtigt wurde bei dem Großversuch, daß ein Tempolimit zu vermehrtem Umsteigen auf die energiesparende Bahn führen würde.

Nicht Thema der Untersuchung war, daß eine Reduktion der Fahrgeschwindigkeiten tausende tödlicher Unfälle vermeiden würde. Wer allerdings eine solche Reduzierung der Menschenopfer als vermeidbare Größe ansieht, dem kann es auf eine betrügerische Anordnung und Auslegung eines Versuchs auch nicht ankommen.

Ich frage mich nur, ob die damals Verantwortlichen nachts gut schlafen können!

Wochenend und Sonnenschein...



25 Grad im Schatten, strahlender
Sonnenschein; es geht auf den
Nachmittag zu, Ihre Augen bren-
nen, im Hals kratzt es, und Sie
fühlen sich einfach ein bißchen
schlapp.
Aha, denken Sie:
Ozon!

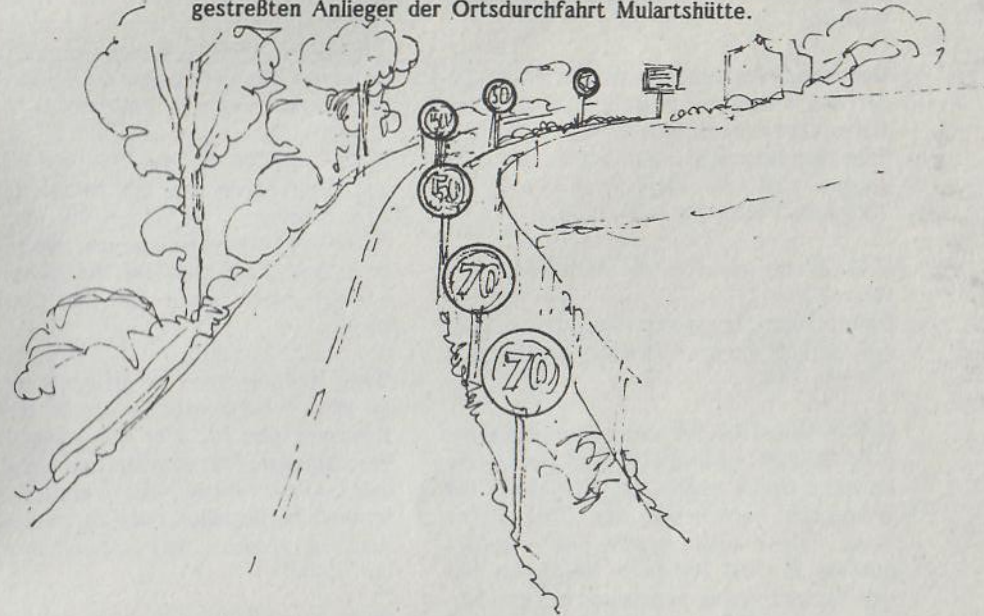
Was können Sie tun?

Lassen Sie so oft wie möglich ihr Auto
stehen - die Hälfte aller Fahrten mit
Privat-PKW sind kürzer als 5 km.

Fordern Sie den Ausbau des öffentlichen
Personennahverkehrs.

Im Mulartshütter Schilderwald
Motorenlärm jetzt wilder schallt.

Dies schrieben Dir, liebes Straßenverkehrsamt, mit tiefer Rührung (soo viel
Geld hast Du für die neuen Straßenschilder ausgegeben !) aber leider ohne
jede Dankbarkeit (kein einziger Autofahrer reduziert dadurch jemals seine
Geschwindigkeit !) Deine Dich herzlich liebenden, aber weiterhin schwer
gestreßten Anlieger der Ortsdurchfahrt Mulartshütte.



Impressum

Herausgegeben vom Ortsverband DIE GRÜNEN Roetgen, Jennepeterstraße 4
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Klaus-Peter Kegel
Namentlich oder durch Kürzel gekennzeichnete Beiträge liegen in der Verantwortung
der Autorinnen und Autoren
Redaktionsschluß: 01. Juni 1992
Auflage: 2500 Exemplare

DAS IST DIE *letzte* SEITE!

Ein (nicht ganz) ernstgemeintes

Interview mit Katharina Ständer

von G.G. alias B.C.

Am 31. April 1992 führte ich folgendes Interview mit Katharina Ständer, Fraktionsvorsitzende der Grünen im Rat der Gemeinde Roetgen:

Gertrude Grünspecht: Haben Sie, Frau Ständer, das Interview mit dem CDU-Sprecher Herrn Garke im CDU-Info Nr. ? gelesen ?

Frau Ständer : Nein. Man hat es für mich gelesen. Für die einfacheren politischen Tätigkeiten habe ich meine Leute.

G.G.: Überraschen Sie die Äußerungen des Herrn Garke ?

Frau Ständer: Im großen und ganzen nein, d.h. sie entsprechen meinen Erwartungen voll und ganz.

G.G.: Würden Sie das bitte näher erklären ?

Frau Ständer : Die Statements von Herrn Kollegen Garke zeigen u.a. wie immer die erfreuliche Bereitschaft der CDU, grüne Ideen - wenn auch reichlich spät - aufzugreifen, in CDU Farben zu verpacken und ihre Verwirklichung wenigstens in Teilbereichen zu betreiben.

G.G.: Woran denken Sie speziell dabei ?

Frau Ständer : Daß es z.B. der CDU vielleicht gelingen wird, unsere vielfältigen Vorschläge und Forderungen zur Müllvermeidung und Müllreduzierung endlich auch ihren Leuten nahezubringen - ja sogar unsere Verwaltung dazu zu bewegen, sich ernsthaft mit dem Müllproblem zu beschäftigen. Unsere diesbezüglichen Anträge sind z. Zt. wohl "abgelegt" worden. Nun besteht begründete Hoffnung, daß sie - als CDU Antrag verkleidet - bearbeitet werden.

G.G.: Sie begrüßen also die Aktivitäten der CDU ?

Frau Ständer: Aber ja, wir sind begeistert ! Uns hing der Müll ja mittlerweile geradezu zum Halse heraus. Nun haben wir wieder Valenzen frei, uns kreativ der Lösung neuer drängender Probleme zuzuwenden.

G.G.: ..die Sie für die CDU zur endgültigen Bewältigung vor- und aufbereiten ?

Frau Ständer : .. so ist es. Wir sind voller Tatendrang ! Und freuen uns, daß wir uns, in einigen Bereichen auf die Bearbeitung unserer Ideen durch die CDU verlassen können.

G.G.: Wie verstehen Sie die Kritik der CDU an grünen Denkansätzen - z.B. bezüglich Bebauungsplan III oder Gewerbegebiet ?

Frau Ständer: Nun ja - wir sind eben meist unserer Zeit voraus, das Verständnis für unsere Überlegungen reift oft nur langsam. Wenn überhaupt - muß man leider manchmal sagen !

G.G.: Wenn Sie der CDU einen Rat geben sollten - wie würde der lauten ?

Frau Ständer: Radfahren. Das belüftet den Geist !

G.G.: Wir danken Ihnen für das Gespräch !

Leserbriefe hierzu bitte direkt an die Betroffenen. Der Setzer !